

Wir zahlen die Zeche

- **Arbeitslosenzahlen auf dem höchsten Stand seit 1948**
- **2,6 Millionen ohne Stelle- 10,6% ohne Arbeit**
- **30 Arbeitslose auf eine offene Stelle**
- **934 000 Arbeitslose ohne Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe**

2,6 Millionen ohne Arbeit — das ist eine traurige Bilanz. Wenn 2,6 Millionen Menschen keine Arbeit haben, dann sind in Wirklichkeit mindestens 3 mal so viele betroffen. Die Familien der Arbeitslosen, die Ehepartner und die Kinder sind die Leidtragenden.

Selbst wer heute noch Arbeit hat, kann schon morgen arbeitslos sein, denn die Unternehmer haben in großem Stil begonnen zu rationalisieren. Mit immer weniger Beschäftigten machen sie immer größere Profite.

Die CDU-Regierung in Bonn trägt die volle Verantwortung für diese Entwicklung.

Sie hat den Unternehmern immer größere Hilfen gewährt. Den Arbeitern gegenüber wurden die Finanzspritzen und Investitionshilfen als notwendige Voraussetzung für den Erhalt der Arbeitsplätze ausgegeben. Jetzt kann man allerdings feststellen, daß die Unternehmer mit dem Geld nicht Arbeitsplätze geschaffen, sondern weitere Rationalisierungen durchgeführt haben. Nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze sind das Ergebnis dieser Politik.

Angesichts dieser Tatsache ist es geradezu unverschämt, was die CDU-Prominenz, was Kohl, Blüm und andere Abend für Abend im Fernsehen veranstalten.



Sie verbreiten Zweckoptimismus und reden vom Aufschwung. Ja, es gibt einen Aufschwung, aber nicht für die Arbeiter und Angestellten und ihre Familien, sondern nur für die Unternehmer und ihre Gewinne.

CDU/CSU und FDP tragen die volle Verantwortung für die heutige katastrophale Entwicklung. Kohls „Wendepolitik“ führt zu immer größerer Armut für Millionen Menschen. Diesen von Flick bestochenen Politikern darf man bei den Wahlen keine Stimme geben.

Ob Kohl oder Wallmann, beide dienen dem Großkapital. Sie sind nicht wählbar für Arbeiter und Angestellte.

Wer den Unternehmern und der CDU zeigen will, daß sie nicht machen können, was sie wollen, der sollte der DKP die Stimme geben.

Jede Stimme für die DKP ist ein

entschiedener Protest gegen die hohe Arbeitslosigkeit. Die DKP fordert, wie der DGB, wie die Gewerkschaften, ein 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramm.

Dieses Programm kann finanziert werden aus den hohen Gewinnen der Unternehmer und vor allem aus dem wahnsinnig hohen Rüstungsetat.

Hier liegen Milliardenbeträge bereit, die sofort zur Lösung der sozialen Fragen eingesetzt werden könnten.

Die DKP fordert alle Mitbürger auf: Protestieren Sie am 10. März mit Ihrer Stimme gegen die Parteien des Großkapitals, protestieren Sie gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau. Wählen Sie DKP — das ist die richtige Quittung für eine Politik, die 2,6 Millionen Arbeitslose geschaffen hat.

Unbestechlich — konsequent — DKP ins Parlament!

Für ein Tornado 800 Sozialwohnungen und 1080 Arbeitsplätze für Bauarbeiter

Die Bauaufgaben der hessischen Städte und Gemeinden waren im 1. Halbjahr 1984 um 36 Prozent niedriger als 1981. Damit leisten auch die Kommunen einen wesentlichen Beitrag zur Arbeitslosigkeit und bauen zugleich Leistungen für die Bürger ab. Stellensperren und Stellenabbau in den kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen tun ihr übriges.

Die DKP fordert – übrigens übereinstimmend mit den Gewerkschaften – kommunale Investitionsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Leistungen für die Bürger. Und da gibt es viel zu investieren: im sozialen Wohnungsbau, im öffentlichen Nahverkehr, beim Umweltschutz, im Gesundheitswesen, in sozialen Bereichen und, und, und. . .

Wer das alles für unrealistisch hält, sollte sich nur mal vor Augen halten, daß man mit den 87 Millionen DM, die 1 Tornado-Kampfflugzeug kostet, auch 800 Sozialwohnungen bauen kann, wodurch 1 080 Bauarbeiter einen Arbeitsplatz hätten.

Es liegt also an der Politik, ob Arbeitsplätze geschaffen werden oder nicht. Gebt den Rüstungspolitikern und Arbeitsplatzvernichtern die Quittung. Wählt am 10. März DKP.

Wer will schon bestreiten, daß die Arbeitslosigkeit das drängendste soziale Problem unserer Zeit ist. „Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit“, steht im Artikel 28 der Hessischen Verfassung. Doch in Wirklichkeit wird dieses Menschenrecht mit Füßen getreten. 165 000 Arbeiter und Angestellte sind derzeit in Hessen ohne

Arbeit – in Kassel etwa ist jede vierte Familie davon betroffen. Der DGB befürchtet, daß sich die Arbeitslosigkeit bis 1990 verdoppelt – wenn nichts wirksames dagegen unternommen wird.

In der langjährigen gemeindefeindlichen Politik aller Bundesregierungen sowie der hessischen Landesregierung liegt eine wesentliche Ursache der Arbeitslosigkeit. Die Verarmung unserer Städte und Gemeinden, die der größte Auftraggeber etwa der Bauindustrie sind, hat zu einem drastischen Rückgang der öffentlichen Investitionen geführt. Der soziale Wohnungsbau ist nahezu erlegen, der Bau kommunale Einrichtungen im Gesundheits- und Schulwesen, für Freizeit und Jugendpflege, für ältere Mitbürger und Kinder und in vielen anderen Bereichen geht ständig zurück.

Arbeitszeitverkürzung nutzt der Rentenkasse

Hochrüstung, Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit haben das Milliardenloch in der Rentenkasse verursacht, das nun mit Beitragserhöhungen von den Arbeitenden gestopft werden soll. Unternehmer, die durch Rationalisierung und Kapitalflucht ins Ausland Arbeitsplätze vernichten und glänzende Gewinne erwirtschaften, werden dagegen von der Kohl-Regierung noch subventioniert.

Was wir aber brauchen, sind neue Arbeitsplätze statt Beitragserhöhungen. Wenn die 38,5-Stunden-Woche in den Betrieben so umgesetzt wird, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, dann kommt es zu Neueinstellungen, dann geht die Arbeitslosigkeit zurück, dann steigen die Einnahmen der Rentenversicherung.

Das muß zu einer Voraussetzung bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung im Betrieb werden. Logisch, daß dann jede Flexibilisierung der Arbeitszeitverkürzung verhindert werden muß, weil dabei keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden.

**Weg
mit den
Raketen!**

**Mehr
Geld den
Städten und
Gemeinden!**

**Profite
runter**

**Rüstung
runter!**

DKP

*aktiv für die
arbeitende Bevölkerung!*